

ORF im Wandel: Mena fordert Reformen und Transparenz für Beitragszahler

Sebastian Bohrn Mena fordert Reformen beim ORF: Haushaltsabgabe, Gehaltsobergrenzen und mehr Mitspracherecht für Beitragszahler.

Münster, Deutschland - Im Kontext der aktuellen Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich meldet sich Sebastian Bohrn Mena zu Wort und äußert seine Ansichten zur Rolle des ORF. In einem Kommentar auf **oe24** erklärt Mena, dass er die Nachrichten-Sendungen, Interviews und Analysen des ORF schätzt und bereit ist, die Haushaltsabgabe zu zahlen. Dennoch gelingt es ihm nicht, die hohen Gagen für Manager und Frühstücksdirektoren zu ignorieren. Mena fragt: „Wo bleibt das Mitspracherecht der Beitragszahler?“

Er fordert eine umfassende Totalreform des ORF, einschließlich radikaler Entpolitisierung auf allen Ebenen, einer Gehalts-Obergrenze von maximal 150.000 Euro brutto pro Jahr und einem Verbot von Nebenbeschäftigungen für Mitarbeiter. Mena betont, dass es eine Ehre und ein Privileg sein sollte, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu arbeiten. Außerdem warnt er vor den Konsequenzen, die drohen, wenn keine Reformen umgesetzt werden.

Reformbedarf und öffentliche Diskussion

Die Problematik wird auch von Medienwissenschaftler Josef Seethaler aufgegriffen, der in einem Bericht auf **orf.at** die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hinterfragt und einen Mangel an tieferer Reflexion und einem Gesamtkonzept

kritisiert. Seethaler hebt hervor, dass es notwendig sei, einen Ausgleich zwischen öffentlich-rechtlichen, privaten und nicht kommerziellen Medienanbietern zu finden. Dies wird umso bedeutsamer, da die neue ORF-Gesetzgebung Einsparungen und Programmänderungen beinhalten soll.

Besonders besorgniserregend sind die neuen Einschränkungen für ORF.at. Seethaler kritisiert die wöchentliche Begrenzung auf 350 Artikel und fordert mehr Interaktivität sowie die Einbindung des Publikums in Onlineformate. Der Redaktionsrat des ORF und die Opposition äußern sich unzufrieden über die Planungen, insbesondere die Beschränkungen bei der Berichterstattung, die durch Einsparungen von 325 Millionen Euro und die ausgesetzte Valorisierung der Haushaltsabgabe resultieren.

Diese Entwicklungen führen zu einem besorgniserregenden Rückgang der finanziellen Mittel für den ORF, was die Unabhängigkeit und die Qualität des Journalismus gefährden könnte. Der Redaktionsrat fordert daher mehr finanzielle und politische Unabhängigkeit, während die Gewerkschaft mehr Investitionen in den Medienmarkt verlangt. Kirchenvertreter Christoph Riedl äußert sich positiv zur Haushaltsabgabe, zeigt jedoch Skepsis gegenüber den Sparaufgaben.

Die Rolle der Bundesregierung

Auf politischer Ebene lobt der ÖVP-Mediensprecher Kurt Egger die Arbeit der Bundesregierung zur Sicherung des Medienstandorts und des unabhängigen Journalismus. Die aktuellen Reformbestrebungen sind jedoch umstritten, insbesondere hinsichtlich der Frage, wie sich diese auf die Wertigkeit der Inhalte auswirken werden.

In diesem laufenden Prozess ist es entscheidend, auf die Meinungen und Bedenken von Experten zu hören, wie Dr. Jan Christopher Kalbhenn, der als Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule des Bundes in Münster tätig ist. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich

Medienrecht und öffentlich-rechtlicher Rundfunk, was den Diskurs um die Reformen bereichert und liefert wertvolle Perspektiven aus der akademischen Welt, wie auf der Webseite der **Otto Brenner Stiftung** dargelegt. Mit den aktuellen Herausforderungen wird sichtbar, wie essentiell eine überlegte und integrative Reformgestaltung für die Zukunft des ORF ist.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Münster, Deutschland
Quellen	• www.oe24.at • orf.at • www.otto-brenner-stiftung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at